



Christoph Mörgeli

## Hochinfektiöse Asylpolitik

Beim Ausbruch von unbehandelbaren, lebensgefährlichen Infektionskrankheiten spielt sich immer dasselbe Muster ab. In der Bevölkerung herrschen Beunruhigung und Verunsicherung, die sich zur Panik steigern können. Die Behörden beruhigen, verbreiten Zuversicht und beschönigen die Seuche. So auch jetzt: «Man ist gut vorbereitet, und die bisherigen Massnahmen haben sich bewährt», versichern die zuständigen Bundesämter. Doch solch tapfere Parolen vermögen auch im Falle von Ebola nicht wirklich die Skepsis am Frühstückstisch und bei Bürogesprächen auszuräumen.

Zahllos sind bei rätselhaften Viruserkrankungen die Ratschläge aus dem Publikum. 1918 schrieb die «Neue Zürcher Zeitung», was angesichts der damals grassierenden Spanischen Grippe die Redaktion an Zusendungen erreichte, gehe «ins Aschgraue». Was dieselbe NZZ 2014 nicht hindert, die aschgraue Zusendung eines Sozialhistorikers namens Robert Jütte aus Stuttgart zu veröffentlichen – Professor Jütte empfiehlt als Massnahme gegen die Ebola-Gefahr die Umgestaltung der Pestinsel von Venedig zu einem «Museum der Menschheit».

Zweckmässiger wäre eine schonungslose Analyse des Gefährdungspotenzials des Ebola-Fiebers. Die Krankheit wird sich in Westafrika ausbreiten und durch die innerafrikanische Migration auch den Kongo und Südafrika erreichen. Die durch Ebola ausgelöste Panik dürfte zu Massenfluchtbewegungen führen, die auch uns betreffen. Die organisierte Kriminalität wird auch hier ihre schlechten Dienste anbieten und zahlende Afrikaner Richtung Norden schleppen. Am erfolgreichsten über die Asylschiene. Unser Asylwesen ist hochinfektiös.

Wir Schweizer Bürger haben Grund zur Sorge. Das Bundesamt für Migration wie das Bundesamt für Gesundheit unterstehen den SP-Bundesräten. So ist abzusehen, dass angesichts der Ebola-Gefahr nicht der Vorteil eines souveränen Staates und von dessen Grenzen genutzt wird, um die eigene Bevölkerung zu schützen. Sondern dass man möglichst viel Personal in die betroffenen Gebiete schickt, die sich der Infektionsgefahr aussetzen. Und dass im Asyl- und Zuwanderungswesen alles im alten Larifari weitergeht. Dabei gibt's bei Ebola vorderhand nichts als Abhaltung, Isolierung und Symptomerkenung. Die Chügeli-Dealer aus Nigeria sind ein Gesundheitsrisiko. Genau wie die hyperaktiven Hilfswerker.

ABSTIMMUNG VOM 30. NOVEMBER 2014

## Ecopop schießt am Ziel vorbei

Am 30. November stimmen wir über die Initiative «Stopp der Überbevölkerung» des Vereins Ecopop ab. Die Initianten wollen die Zuwanderung mit einer starren Quote beschränken. Gleichzeitig verlangen sie, dass die Schweiz pro Jahr 10 Prozent der Entwicklungshilfegelder dafür einsetzt, dass Familien in ärmeren Ländern weniger Kinder bekommen.



Natalie Rickli  
Nationalrätin SVP  
Winterthur

Die Ecopop-Initiative ist gut gemeint, schießt aber am Ziel vorbei: Eine starre Zuwanderungsquote von 0,2 Prozent pro Jahr (Stand heute wären dies ungefähr 16000 Personen) ist nicht wirtschaftsverträglich. Sie gibt den Unternehmen und verschiedenen Branchen nicht die Möglichkeit, auf ökonomische Schwankungen zu reagieren.

Die Masseneinwanderungsinitiative, die am 9. Februar vom Schweizer Stimmvolk gutgeheissen wurde, hingegen ist auf Gewerbe und Wirtschaft ausgerichtet: Für die verschiedenen Branchen sollen unterschiedliche und flexible Kontingente festgelegt werden. Gleichzeitig sind die Unternehmen aufgerufen, ihre Ver-

antwortung wahrzunehmen und mehr Inländer anzustellen. In die Ausbildung des eigenen Nachwuchses muss in verschiedenen Branchen investiert werden. Die SVP-Initiative fordert auch klar Verbesserungen im Bereich des Familiennachzugs und der Sozialhilfeleistungen für Zuwanderer. All diese Punkte vergisst die Ecopop-Initiative.

**Zuwanderungsinitiative umsetzen**  
Manche Leute sagen mir, sie werden JA stimmen zu Ecopop, weil «die in Bern die Masseneinwanderungsinitiative ja doch nicht umsetzen». So verständlich dieser Ärger ist – ein Ja zu Ecopop bringt hier gar nichts. Auch ich ärgere mich darüber, dass Volksentscheide zunehmend nicht mehr umgesetzt werden. Bundesrat und Parlament müssen die Bürger wieder ernstnehmen. Wir haben mit dem Ja zur Masseneinwanderungsinitiative klar gemacht, dass wir genug haben von der unkontrollierten Zuwanderung. Das Volk will, dass die Schweiz

die Zuwanderung wieder selber steuern kann. In der Schweiz haben wir nicht unbegrenzt Platz.

Alleine letztes Jahr ist unser Land wieder um über 100000 Personen gewachsen. Das ist eine ganze Stadt Winterthur! Heute leben 8,14 Mio. Personen in der Schweiz. Wenn es so weitergeht, zählt die Schweiz in 20 Jahren mehr als 10 Mio. Einwohner. Das verkraftet unser Land nicht; so darf es nicht weitergehen! Der Bundesrat muss nun mit der EU einen Vertrag aushandeln, der dem Volkentscheid vom 9. Februar gerecht wird.

### Starre Quote bringt nichts

Die Ecopop-Initianten sagen, dass sie mit ihrem Anliegen die Lebensgrundlagen und die Lebensqualität in der Schweiz erhalten wollen. Das

tönt schön, aber es ist nicht Aufgabe der Schweiz, jährlich mehr als 200 Mio. Franken für Kondome und Aufklärungskurse auszugeben, damit Frauen in Entwicklungsländern weniger Kinder bekommen. Dieser Aspekt der Initiative ist nicht umsetzbar und hat auch nicht direkt mit der Migrationspolitik der Schweiz zu tun. Wir müssen, wie es die Masseneinwanderungsinitiative verlangt, wieder die Handlungsfähigkeit in der Migrationspolitik zurückgewinnen. Eine starre Forderung von einer Zuwanderungsquote von 0,2 Prozent hingegen bringt nichts.

Die Delegierten der SVP Schweiz lehnen die Ecopop-Initiative mit 298:80 ab. Die Delegierten der SVP des Kantons Zürich sagen mit 120:106 bei 11 Enthaltungen Nein.

## BUNDESRÄTIN SOMMARUGA GEFORDERT

### Migrationssoog aus Ungarn sofort und mit aller Härte unterbinden!

Wie den Medien zu entnehmen war, sind diese Woche 63 Roma aus dem EU-Land Ungarn mit einem gemieteten Bus in Vallorbe (VD) eingetroffen und haben ein Asylgesuch gestellt. Die Gruppe wird nun in Vallorbe, Pfäffikon (ZH) und Basel untergebracht. Gemäss eigenen Aussagen seien diese 63 lediglich die Vorhut, mehrere Hundert Roma würden nachkommen, je nachdem, wie die Schweiz sie aufnehmen werde. In den ungarischen Medien wird sogar von 20000 Roma gesprochen, welche die Region verlassen möchten.

SVP. Die zuständige Bundesrätin und das Bundesamt für Migration müssen nun unverzüglich handeln, bevor der Migrationssog aus Ungarn über die Asylschiene weiter anzieht. Es dürfen nicht die gleichen Fehler wie bei Eritrea gemacht werden, wo Fehlanreize das Schweizer Asylwesen lahmlegen und die humanitäre Tradition ad absurdum führen.

Auf die Asylgesuche der ungarischen Roma muss pauschal nicht eingetreten werden. Es darf keine ordentlichen, individuellen Verfahren geben, die sich womöglich über Jahre hinziehen. Bundesrätin Sommaruga muss unverzüglich und mit aller Härte eine weitere Baustelle im Asylwesen verhindern.

Ungarn ist ein EU-Staat. Wir haben «dank» Schengen offene Grenzen zu Ungarn und den freien Personenverkehr. Asylbewerber, die über Ungarn eingereist sind, kann die Schweiz aufgrund des Dublin-Abkommens nach Ungarn zurückschicken. Bekanntermassen hat Ungarn Probleme im Umgang mit seinen Minderheiten. Doch der EU-Staat muss diese internen Pro-

bleme selber lösen. Wer sich aufgrund des politischen Systems in Ungarn nicht wohl fühlt, kann dies auf demokratischem Wege zu ändern versuchen oder im Ausland eine neue Arbeitsstelle und Heimat suchen. Das Schweizer Asylwesen ist nicht dafür da, EU-Bürger durchzufüttern, die mit dem politischen System in ihrer Heimat nicht einverstanden sind.

Dies zeigt auch die Tatsache, dass seit anfangs 2013 bis Ende September 2014 «nur» 40 Personen aus Ungarn ein Asylgesuch gestellt hatten. Wenn diese 63 Roma nun ein individuelles Verfahren mit allen Annehmlichkeiten erhalten, wird dies eine massive Signalwirkung haben.

Simonetta Sommaruga wurde in den letzten Wochen von den Schweizer Medien mehrmals als «Eiserne Lady der Schweiz» bezeichnet. Nun hat sie die Chance, zu zeigen, wie eiserne und konsequent sie das Schweizer Asylrecht umsetzt. Das Nichteintreten ist unverzüglich zu beschliessen und die Gruppe ist unmittelbar danach ohne Rückkehrhilfe wieder zurückzuschicken.

## WACHHUND WILLY HAT AUFGEDECKT:

### Die Schweiz steht nicht isoliert da

Der britische Premier David Cameron schlägt neu Quoten für Zuwanderer aus der EU vor, so wie sie die Schweiz seit der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative festschreibt. Die Antwort aus Brüssel kam prompt: Die Personenfreizügigkeit sei ein Grundprinzip der EU und nicht verhandelbar. Laut SVP-Fraktionschef Adrian

Amstutz funktioniert die EU nach dem «Dampfkochtopfprinzip»: «Man sperrt das Problem ein und lässt es in der Hoffnung köcheln, es werde schon nicht explodieren.» Eins ist sicher: Dem Brüsseler Oberbürokraten Barroso bleibt die Explosion erspart. Seine Amtszeit läuft Ende Oktober aus.

## FORDERUNGEN DER SVP

### Ebola: Die Schweiz muss sofort handeln

Das Ebolafieber bedeutet eine tödliche Gefährdung und beschränkt sich längst nicht mehr auf Westafrika. Dort sind bis Mitte Oktober 2014 gegen 10000 Krankheitsfälle aufgetreten; etwa 5000 Menschen sind am Virusinfekt gestorben. Betroffen sind hauptsächlich die Länder Guinea, Sierra Leone und Liberia, aber auch Senegal und Nigeria. Die Krankheit wird sich in ganz Westafrika ausbreiten und angesichts der innerafrikanischen Migration bald auch Südafrika erreichen. Die durch Ebola ausgelöste Panik könnte in Afrika zu Massenfluchtbewegungen führen, die durch kriminelle Schlepperbanden finanziell ausgenutzt werden und den Westen überfordern.

Christoph Mörgeli  
Nationalrat SVP  
Stäfa

Mittlerweile werden zunehmend auch Ebola-Fälle in Europa und in den USA gemeldet; die Seuche dürfte sich in den nächsten Wochen und Monaten auf unserem Kontinent weiter ausbreiten und auch die Schweiz erreichen.

Da das Ebolafieber in über der Hälfte der Fälle tödlich verläuft und da im Moment keinerlei wirksame Behandlung zur Verfügung steht, sind politische Massnahmen unumgänglich.

Im Gegensatz zum ebenfalls aus Afrika stammenden Aids wird das Ebolavirus nicht durch Geschlechtsverkehr oder Spritzenaustausch übertragen, sondern durch die Ausscheidung von Körperflüssigkeiten. Es gibt also keine Risikogruppen im engeren Sinn, sondern alle Menschen können beim Kontakt mit Patienten von der Infektionskrankheit betroffen sein. Was beim Befall mit dem Ebolavirus mit Fieber beginnt, führt zu Blutungen, Organversagen und Tod.

### Bevölkerung schützen

Notwendig sind jetzt ganz konkrete behördliche Massnahmen, deren oberstes Ziel es sein muss, unsere eigene Bevölkerung zu schützen. Unsere schweizerische Souveränität und unsere nationalen Grenzen stellen sich dabei als Vorteil heraus, den es zu nützen gilt.

• Das Departement Sommaruga (SP), dessen Migrationsamt und das dem Departement Berset (SP) unterstehende Bundesamt für Gesundheit haben raschmöglichst ein umfassendes Konzept vorzulegen, wie die Schweizer Bevölkerung nachhaltig vor der Gefahr

einer Ebola-Ansteckung geschützt werden kann.

- Die gegenwärtig äusserst large Asyl- und Flüchtlingspraxis des Bundes ist im Hinblick auf die Ebola-Gefahr zu überprüfen, anzupassen und zu verschärfen. Dazu können auch Massnahmen wie Einreiseverbot und Einstellung von Asylverfahren gehören.
- Der Grenzschutz ist sowohl an den Landesgrenzen wie an den Flughäfen im Hinblick auf die Einschleppung von Ebola zu verstärken.
- Da gegenwärtig lediglich die Isolierung der Patienten als Präventivmassnahme greift, sind für die hochinfektiösen Betroffenen Sonderisolierstationen vorzubereiten.
- Die Meldepflicht beim Auftreten von Ebola-Fällen, die der höchsten Risikogruppe zugeordnet sind, ist lückenlos durchzusetzen.
- Es werden keine Schweizer Soldaten in die betroffenen afrikanischen Länder geschickt, da sie Gefahr laufen, selber zu erkranken und das Ebolafieber einzuschleppen.
- Schweizer Hilfswerke und internationale Organisationen, die sich in den betroffenen afrikanischen Gebieten betätigen, haben sämtliche notwendigen Vorsichtsmassnahmen zu treffen, um ein Einschleppen von Ebola zu verhindern.
- Das Aussendepartement hat die Schweizer Bevölkerung eindringlich vor Reisen in die von Ebola betroffenen afrikanischen Gebiete zu warnen und mit geeigneten Massnahmen abzuhalten.

In der Wintersession 2014 wird die SVP entsprechende dringliche parlamentarische Vorstösse einreichen, um diese Forderungen durchzusetzen.

